

Bern



Der Berner SVP-Politiker Mathias Müller liebt die Freiheit - und die wilde Natur Foto: Adrian Moser

Kein böser Wolf

Neues Jagdgesetz Mathias Müller will nicht, dass die Jagd auf Wölfe erleichtert wird. Damit hat der SVPler aus dem Berner Jura fast die ganze Partei gegen sich. Eine Begegnung mit einem unkonventionellen Politiker.

Christoph Aebischer

Sein Auftritt im Berner Oberland war zielgruppengerecht: Mathias Müller aus dem Berner Jura fuhr im bulligen, amerikanischen Pick-up vor. Seine Meinung hingegen passte weniger ins Justital: Der Grossrat ist einer der ganz wenigen in der SVP, die gegen das revidierte Jagdgesetz sind, über das am 27. September abgestimmt wird.

Er und Verena Wagner, Präsidentin von Pro Natura Bern, hatten am Podium im August einen schweren Stand gegen die beiden SVP-Grossräte Thomas Knutti und Samuel Krähenbühl. «Es war surreal», erzählt Müller an einem Spätsommertag im September in Bern dem «Bund»: «Die Bergkulisse war wunderbar, und alle waren anderer Meinung.» Immerhin gab sich das Publikum versöhnlich: «Nicht alles, was du sagst, ist falsch», hätten ihm nach dem Freiluftanlass einige zugestanden.

Politik = Rock 'n' Roll?

Müller sagt: «Es ist gut, wenn die Grossraubtiere zurückkehren.» Die Vorbehalte vor allem im Berggebiet lässt er zwar gelten, nicht aber die Argumente: Er verstehe nicht, wieso man Wölfe abschiessen solle, wenn diese vielleicht 400 Schafe pro Jahr reissen würden, aber zehnmal mehr Schafe aus anderen Gründen ums Leben kämen. Jedenfalls sei das nicht Grund genug, der Natur ihre Wildheit zu nehmen. Die Angst davor hält er angesichts der wenigen Zwischenfälle in den vergangenen Jahrzehnten für irrational.

Wer ist dieser Mann, der sich beim Wolf beinahe gegen die gesamte SVP stellt? In ein Muster

will der grossgewachsene, athletisch gebaute Hobbyboxer mit Backenbart, pomadierter Elvis-Haartolle, wachem Blick und freundlichem Lachen nicht so recht passen, obwohl etliche Klischees anklingen.

Verheiratet mit einer Kanadierin, lebt Müller mit Familie und Hund in Orvin, wo Wälder und Weiden eine Ahnung nordamerikanischer Weite vermitteln. Freiheit ist ihm wichtig, gegen

«Müllers Beitrag war etwas naiv, aber nicht rassistisch.»

Alain Pichard
Lehrer und Politiker.

jene, welche die Wahrheit für sich gepachtet haben, zieht er ins Feld.

Und manchmal geht er damit zu weit. Der USA-Fan schwärmt am Tisch im Aussenbereich eines Restaurants beim Wankdorfstadion bei Mineralwasser und Popcorn von den demokratischen Errungenschaften der Vereinigten Staaten. Tatkräftige Einwanderer hätten die USA zu jenem Land gemacht, das es heute sei. Dann meint er, selbst unter Sklavenhaltern habe es gute Menschen gegeben. Auf das Stutzen seines Gegenübers insistiert er: Natürlich sei die Entmündigung erwachsener Menschen durch nichts zu rechtfertigen. Doch

Schwarz-Weiss-Denken sei nie hilfreich, sagt der studierte Psychologe.

2018 setzte sich Müller arg in die Nesseln. Wegen eines mittlerweile gelöschten Blogbeitrags, der sich mit einem deutschen Wehrmachtsoffizier befasste, stempelte ihn der «Blick» kurzerhand als Nazi-Sympathisant ab. Müller ist heute noch baff: «Wer mich kennt, weiss, dass diese Ideologie überhaupt nicht zu mir passt.»

Unterstützung erhielt er vom Bieler Lehrer und früheren GLP-Stadtrat Alain Pichard, der Müller aus der Lokalpolitik kennt: «Der Artikel war schlecht recherchiert. Ich verfasste damals mit grünliberalen, sozialdemokratischen und freisinnigen Politikern einen offenen Brief, in dem wir schrieben, dieser Vorwurf sei aus der Luft gegriffen und unhaltbar.» Pichards Urteil im Rückblick: «Müllers Beitrag war etwas naiv, aber nicht rassistisch.» Die Wogen glätteten sich wieder.

Verrat an der Freiheit

Müller war einst FDP-Mitglied, wechselte dann zur SVP, weil die FDP in seinen Augen den Grundsatz «weniger Staat, mehr Freiheit» zunehmend verraten hatte. Er half mit, die SVP hinter der SP zur zweitstärksten Kraft Biels aufzubauen. Noch heute ist Müller stolz auf die eigenwillige Ortssektion. Zu ihrem Aushängeschild wurde der homosexuelle Bieler Gemeinderat Beat Feurer, der den Haushalt mit einer tamilischen Familie teilt.

Als Abweichler innerhalb der SVP empfindet sich Müller aber nicht, was Parteikollege Knutti bestätigen kann – und der Rest der Grossratsfraktion offenbar auch. Immerhin wählte sie ihn

2016 zum Vizepräsidenten. Ein Jahr davor brachte Müller sich sogar – jedoch chancenlos – als Kandidat für den Regierungsrat ins Gespräch. Will der 50-Jährige nun im November Fraktionspräsident werden oder dereinst einen zweiten Anlauf als Regierungskandidat wagen?

Ob solcher Fragen gerät Müller ins Grübeln, ringt um die richtigen Worte: «Eigentlich bin ich gegen den Staat, besonders dort, wo er die Bürger bevormundet», meint er schliesslich. Mitreden in demokratischen Institutionen findet er gleichwohl besser als Rückzug oder das Motto der Anarchisten, die aus dem Staat am liebsten «Gurkensalat» machen wollen.

Doch ein höheres politisches Amt erscheint ihm mit seiner libertären Grundhaltung schwer vereinbar. Sie prangt als Tattoo auf seiner rechten Schulter: «Patricia Cara, Carior Libertas» – das Vaterland ist mir lieb, noch lieber ist mir die Freiheit.

Wider blinden Gehorsam

Zu seiner Arbeit als Berufsoffizier und Chefrekrutierer der Schweizer Armee scheint sie hingegen zu passen. Müller hat jedenfalls keine Mühe damit, da die Schweiz neutral sei und eine reine Verteidigungsarmee unterhalte.

Was ihn daran motiviert, erläutert er gern, auch heiklen Fragen verschliesst er sich nicht, zum Beispiel bei Pichards Oberstufenschülern. Dort debattiert er einmal pro Jahr mit einem Pazifisten über das Thema «Sind Soldaten Mörder?». Er plädiert jeweils dafür, dass Soldaten nicht blind zu gehorchen hätten. Sie müssten verstehen, was sie machen sollen – und widersprechen, wenn die

Begründungen der Vorgesetzten nicht einleuchteten. «Aber Freiheit gibt es nur, wenn man bereit ist, sie zu verteidigen.»

Dass Müller auch für jene Sympathien hat, die in Städten alternativ in Wohnwagen hausen, ein liberales Waffenrecht und das Recht auf Selbstverteidigung befürwortet, sind nur weitere Schlaglichter in seinem zuweilen paradoxen politischen Universum. Wie soll ein Bauer seiner Ansicht nach nun reagieren, wenn ein Wolf vor seinen Augen dessen Schafe angreift? «Dann muss sich dieser – auch mit Gewalt – wehren dürfen», entgegnet Müller, ohne zu zögern.

Was lösen solche Worte bei Wagner von Pro Natura Bern aus? «In der Natur ist eine derartige Situation kaum denkbar. Eine solche Reaktion würde aber mein Rechtsverständnis arg strapazieren. Doch auch ich lebe mit Widersprüchen», sagt sie am Telefon. Vor dem Podium, zu dem sie Müller mitnahm, hatte sie ihn kaum gekannt. Aufgefallen war er, weil er Mitglied der Gruppe Wolf Schweiz ist. Sie fragte ihn daraufhin an, ob er im Abstimmungskomitee mitmachen würde.

Nach dem Podium führte Müller Wagner im Pick-up zurück nach Hilterfingen, wo er sie schon abgeholt hatte. Wagner wohnt dort. Man habe sich noch eine Weile zusammengesetzt und über dies und das philosophiert, erzählt sie. Sie habe Müller als sympathische, facettenreiche Persönlichkeit kennen und schätzen gelernt. Warum er als SVPler für den Wolf einsteht, bleibt ihr hingegen ein bisschen ein Mysterium.

Finanzspritze für angeschlagene Weltcuprennen

Berner Oberland Trotz des Streits um das Lauberhornrennen: Der Grosse Rat will mehr Geld geben.

Der Kanton Bern soll die Ski-Weltcuprennen in Adelboden und Wengen stärker finanziell unterstützen. Dieser Meinung ist der Grosse Rat, das bernische Kantonsparlament. Das Parlament überwies am Dienstag zwei entsprechende Vorstösse. Die Traditionsrennen im Oberland kämpfen mit finanziellen Problemen, wie Grossrat Thomas Knutti (SVP) in seiner Motion in Erinnerung rief. Hilfreich wäre aus seiner Sicht ein jährlicher Kantonsbeitrag von total 500 000 Franken an die beiden Rennen im Berner Oberland.

So viel werde es nicht sein, machte der Regierungsrat in seiner schriftlichen Antwort auf den Vorstoss klar, für einen Kantonsbeitrag sei man aber offen. Das hatte Wirtschaftsminister Christoph Ammann (SP) bereits im Mai beim Spitzentreffen mit Bundesrätin Viola Amherd (CVP), dem Dachverband Swiss-Ski und den Rennorganisatoren im Bundeshaus signalisiert.

Kritik von den Grünen und Teilen der SP

Mit 104 zu 30 Stimmen überwies das Kantonsparlament darauf den Vorstoss in der Form des Postulats. Kritik kam von den Grünen und einem Teil der SP-Fraktion. Sie bezeichneten die Rennen als ökologischen Unsinn, wiesen darauf hin, dass wegen der Corona-Krise womöglich Geisterrennen ohne Publikum bevorstünden und es nicht Staatsaufgabe sei, Weltcuprennen zu unterstützen.

Anders sah es die vorwiegend bürgerliche Ratsmehrheit. Beide Rennen hätten eine lange Tradition und wiesen eine enorme Wertschöpfung auf. Die TV-Bilder aus dem Berner Oberland seien unbezahlbare Werbung für die Tourismusregion. Zudem stehe die örtliche Bevölkerung klar hinter den Rennen. So habe die Gemeinde Adelboden gerade erst ihren fixen Beitrag an die Rennen am Chuenisbärgli mehr als verdoppelt.

Der Rat überwies mit 109 zu 22 Stimmen auch eine Motion von Jan Gnägi (BDP), die ebenfalls auf eine finanzielle Unterstützung der Rennen zielte. Diesen Vorstoss schrieb das Parlament gleich ab. Regierungsrat Ammann sah sich durch die beiden Vorstösse in seiner Arbeit der letzten Monate bestärkt.

Indirekte Unterstützung seit Jahren

Schon bisher hat sich der Kanton Bern finanziell an den Rennen beteiligt: Seit Jahren übernimmt er ungedeckte Kosten aus den Einsätzen des Zivilschutzes. Laut Regierungsrat kostet das den Kanton jährlich bereits jetzt um die 150 000 Franken. Nun kämen somit weitere Subventionen hinzu. Diese werden nun geprüft.

Für Schlagzeilen sorgte zuletzt ein Zwist zwischen dem Organisationskomitee der Lauberhornrennen und dem Dachverband Swiss-Ski. Ende Mai kam es beim Spitzentreffen in Bern zu einer Einigung. Der Streit drehte sich im Kern um die Einnahmen aus den TV-Übertragungen. Kurzzeitig stand der Platz der Lauberhornrennen im Weltcup-Kalender auf dem Spiel. (sda)